

Kurt Schmidt (Hrsg.)

Die Raketentruppen der NVA

Mit einem Geleitwort von
Armeegeneral a. D. Heinz Keßler

Mitautoren: Hans-Dieter Augusti, Klaus Goth,
Peter Hall, Hans-Jörg Kaiser und Jürgen Wienke

MILITÄRVERLAG

Inhalt

Gruß und Dank allen ehemaligen Angehörigen der Raketentruppen unserer Landstreitkräfte	7
Der Aufbau der Raketentruppen in der DDR und der internationale Kontext dieser Entwicklung	11
Erster Raketenstart der NVA 1963	25
Einordnung der Raketentruppen der Landstreitkräfte	32
Ballistischen Kampfraketen	40
Einführung ballistischer Kampfraketen in der BRD	50
Die Raketentruppen der NVA in den 70er Jahren	56
Raketentruppen und Kernwaffen	68
Die Ausbildung in den Raketentruppen der NVA	86
Organisation und Sicherstellung der Ausbildung	94
Zulassungsüberprüfungen zu den Übungen	110
Kontrollgruppen der Raketentruppen	114
Teilnahme der Raketentruppen an Paraden der NVA ...	117
Übungen mit und ohne Gefechtsstarts	127
Staatspolygon Kapustin Jar	133
Bewertung einer operativ-taktischen Übung	138
Die Sicherstellung der Raketentruppen im Gefecht	144
Gefechtssicherstellung durch die Nachrichtenkräfte	144
Die meteorologische Sicherstellung	152
Die spezialtechnische Sicherstellung	153
Die Raketentruppen der NVA in den 80er Jahren, ihre Auflösung und Abwicklung	158
Nachwort	174
 Anlagen	 181

Der Herausgeber

Kurt Schmidt, Jahrgang 1942, geboren in Ostpreußen, nach Mechanikerlehre Studium an der Ingenieurschule für Feinwerktechnik Glashütte. Eintritt in die NVA und Offizier des Raketen- und Waffentechnischen Dienstes auf verschiedenen Ebenen, zuletzt im Ministerium für Nationale Verteidigung. Besuch der Militärakademie in Leningrad. 1990 ausgeschieden aus den Streitkräften und bis zum Eintritt ins Rentenalter tätig in der Produktion und dem Vertrieb von Baumaschinen im In- und Ausland.

Das Buch

Die Raketenruppen der Landstreitkräfte der DDR existierten keine drei Jahrzehnte. Und sie verfügten gerade einmal über ein reichliches halbes Hundert taktischer und operativ-taktischer Raketen, weitaus weniger als die Hälfte dessen, was die Bundeswehr besaß. Diese waren mit konventionellen Sprengköpfen bestückt, denn die DDR war zu allen Zeiten frei von dem Wunsch, Nuklearwaffen besitzen zu wollen. Im vorliegenden Buch wird konzentriert und übersichtlich über Aufgaben, Ausbildung und Absichten einer Teilstreitkraft der NVA berichtet, die sich als Elite verstand.

Der Aufbau der Raketentruppen in der DDR und der internationale Kontext dieser Entwicklung

Der Kalte Krieg, unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Auseinanderbrechen der Antihitlerkoalition begonnen, führte bekanntlich zur Spaltung Deutschlands. Nach der Gründung eines westdeutschen Separatstaates durch die Westmächte – insbesondere die USA – zog die andere Großmacht in ihrer Zone notgedrungen nach. Auf dem Territorium des besiegten Nazireiches entstanden auf diese Weise zwei Staaten: die BRD und die DDR. Diese blieben bis 1990, bis zur Herstellung ihrer Souveränität durch den 2+4-Vertrag, Vasallen und Verbündete der jeweiligen Groß- und Führungsmacht.

Gewiss war die Leine, an der sie geführt wurden, mal länger, mal kürzer, aber Herr im eigenen Hause war weder die Bonner noch die Berliner Regierung. Jeder Bundeskanzler musste bei Amtsantritt eine Art Unterwerfungserklärung unterzeichnen (was Egon Bahr in seinen Erinnerungen an Willy Brandt offenbarte), und jeder Staats- und Parteichef in Berlin hatte mit Konsequenzen in Moskau zu rechnen, wenn er zu selbständig agierte. Ulbricht wurde darum 1971 abgelöst, Honecker wiederholt Maß genommen und ein geplanter Staatsbesuch in der BRD in der ersten Hälfte der 80er Jahre mehrfach von Moskau untersagt.

Der global und auf allen Feldern geführte Kalte Krieg – politisch, wirtschaftlich, militärisch, geheimdienstlich, propagandistisch etc. – wurzelte im klassischen Grundwiderspruch der kapitalistischen Ordnung: dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Resultate, um es einmal abstrakt und mit

Marx zu formulieren. Die einen besaßen die Produktionsmittel, die anderen lediglich ihre Arbeitskraft. Die einen produzierten, die anderen eigneten sich den Mehrwert an und verteilten an jene, die ihn schufen, lediglich die zur Regeneration ihrer Arbeitskraft nötigen Almosen. 1917 wurde erstmals dieses Prinzip durchbrochen. Die Produzenten wurden auch Eigentümer dieser Produktionsmittel. Mit Sowjetrußland entstand ein Staat, der sich auf den Weg machte, sozialistisch zu werden. Weil dieser Staat nunmehr aus dem globalen kapitalistischen Reproduktionsprozess ausschied – immerhin ein Sechstel der Erde und ausgestattet mit gewaltigen Rohstoffvorkommen, die bislang mehrheitlich von ausländischen Konzernen ausgebeutet worden waren –, stellte er objektiv einen Störfaktor dar, der beseitigt werden musste. Es gab Interventions- und Bürgerkriege und schließlich 1941 den vornehmlich ideologisch motivierten Eroberungs- und Vernichtungskrieg des imperialistischen Deutschlands.

Dieser permanente äußere Druck verzehrte nicht nur die nationalen Ressourcen der Sowjetunion, sondern veränderte auch mehr und mehr die politisch-ideologischen Grundlagen, auf denen das Land basierte. Sie wurden, kurz gesagt, deformiert.

Trotzdem blieb die Sowjetunion dem Charakter nach ein nichtkapitalistischer Staat, gegen den sich die kapitalische Welt verschworen hatte.

Zum Kalten Krieg gehörte das Säbelrasseln in Deutschland. Die Sowjetunion forderte nach Beginn der Wiederaufrüstung in Westdeutschland wachsende Verteidigungsanstrengungen in Ostdeutschland. Es wurde die Kasernierte Volkspolizei gebildet, aus der 1955 – als Reaktion auf die Bildung der Bundeswehr – die Nationale Volksarmee hervorging. Und nachdem die BRD der 1949 gegründeten NATO – einem vordringlich gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnis – beigetreten war, schloss die UdSSR mit den von ihr vom Faschismus befreiten und besetzten Staaten ein Militärbündnis, den Warschauer Vertrag.

Diese beiden Militärblöcke standen sich feindlich gegenüber, die Frontlinie des Kalten Krieges lief durch Deutschland. Damit

hatten sich alle politischen Überlegungen deutscher Demokraten auf Herstellung der deutschen Einheit, auf Überwindung der Zweistaatlichkeit als Konföderation oder ähnliches definitiv erledigt. Die Bundesrepublik wurde als Speerspitze Richtung Osten entwickelt (nicht ohne eigenes Zutun: führende Militärs der Bundeswehr waren bereits in der Naziwehrmacht aktiv und hatten Erfahrungen im »Kampf gegen den Kommunismus« gesammelt; sie wollten diese wieder einsetzen). Die DDR wurde als Bollwerk zur Abwehr möglicher imperialistischer Aggressionen ausgebaut. Zudem standen mehr als eine halbe Million Sowjetsoldaten zwischen Rostock und Erfurt.

Zum militärischen Ausbau in der DDR gehörte zwangsläufig auch die Einführung neuer Waffen und Technik in die Streitkräfte, um mit entsprechenden Entwicklungen in den NATO-Armeen gleichzuziehen. Denn die vordringliche Aufgabe des östlichen Bündnissystems war – nach Brechung des Atomwaffenmonopols der USA Ende der 40er Jahre – die Herstellung eines annähernden militärstrategischen Gleichgewichts zwischen den Blöcken. Diese Parität sollte, um vorzugreifen, bis 1990 den Frieden in der Welt, insbesondere in Europa, sichern. Gewiss, der Frieden ruhte, wie man damals sagte, auf den Spitzen von Raketen und Bajonetten. Und natürlich wuchs seine Gefährdung aufgrund immer kürzerer Vorwarnzeiten und der Zunahme möglicher technischer Pannen. Aber es bleibt eine historische Tatsache: Es herrschte Frieden!

Ende der 50er Jahre also suchte das östliche Verteidigungsbündnis nach adäquaten Antworten auf Entwicklungen auf Seiten der NATO. Dort waren in den in der BRD stationierten Einheiten der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens Raketenartilleriebataillone installiert worden. Und auch die Bundeswehr wurde mit Raketensystemen ausgestattet. Dafür gab es logische Erklärungen. Die Nazis hatten die Vorzüge der Raketentechnik (V1, V2) erkannt: Ohne verwundbare Bombenflugzeuge ließen sich damit große Sprengladungen in entfernte Ziele bringen. Die Militärs forcierten diese Entwicklung im Kalten Krieg.

Und Raketen wurden auch als Trägermittel für Kernwaffen begriffen. Der sogenannte Sputnik-Schock im Westen – die Sowjetunion hatte im Oktober 1957 mit einer Rakete den ersten künstlichen Erdsatelliten ins All geschossen – machte den NATO-Militärs bewusst, dass die vermeintliche Unverwundbarkeit der USA nunmehr Geschichte war. Jetzt konnte die Sowjetunion jeden Punkt auf der Erde aus dem Orbit treffen. Die Folge war die Beschleunigung der Raketenprogramme, die der Rüstungsindustrie gigantische Zuwächse sicherte. Und eben die Einführung von Raketenwaffen in die Streitkräfte.

Hinzu kam ein zweites Moment.

Raketen konnten und sollten nicht nur konventionelle Sprengköpfe ins Ziel befördern, sondern auch nukleare. Nachdem die Atombombendetonationen in Hiroshima am 6. August 1945 und drei Tage später in Nagasaki der Welt das Vernichtungspotential der Nuklearwaffe gezeigt hatten – darin bestand schließlich die eigentliche Absicht der USA, denn militärisch war das faschistische Japan schon längst besiegt –, drängten Politiker und Militärs auf Übernahme dieser Massenvernichtungsmittel in die NATO-Streitkräfte.

Selbst die Bundesrepublik verlangte ein reichliches Jahrzehnt nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, in dessen Rechtsnachfolge sie sich sah, Verfügungsgewalt über Atomwaffen. »Es ist nicht so«, erklärte beispielsweise Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß am 8. April 1957, »dass wir speziell für die Bundeswehr eine Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen anstreben. Aber die Beratungen der NATO-Konferenz im Dezember 1956 haben das Problem aufgeworfen, ob zur Verstärkung der abschreckenden Wirkung« – diese Formulierung ist angesichts des Offensivcharakters von Atomwaffen sehr interessant – »die europäischen, also die nichtamerikanischen Streitkräfte mit leichten Atomwaffen ausgestattet werden sollen. Hier ist unser Standpunkt der, dass wir Gleichberechtigung mit den übrigen europäischen Streitkräften der NATO verlangen.«

Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte bereits vier Tage zuvor gegenüber Medienvertretern erklärt, dass die taktischen Atom-

waffen nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie seien, auf die man nicht verzichten könne.

Dass der Rheinländer diese Waffe derart verharmloste, wird wohl nicht allein seiner Unwissenheit zuzuschreiben gewesen sein. Er wollte der Ablehnung von Atomwaffen durch die Mehrheit der Bevölkerung die Spitze nehmen. Namhafte westdeutsche Wissenschaftler sprachen sich gegen Atomwaffen aus, 18 von ihnen traten am 12. April 1957 mit einer »Göttinger Erklärung« an die Öffentlichkeit. Am 3. Mai 1957 zogen ostdeutsche Kollegen nach: 14 Kernphysiker der DDR verabschiedeten eine Resolution, in der sie sich *gegen* die Entwicklung von Atomwaffen und *für* die friedliche Nutzung der Atomenergie einsetzten.

Trotzdem beschloss der Deutsche Bundestag ein knappes Jahr später, dass »die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so ausgerüstet werden, dass sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können«.

Somit war am 25. März 1958 zwar die politische und de facto auch rechtliche Grundlage für bundesdeutsche Atomwaffen gelegt worden. Doch die USA wollten denn doch nicht soweit gehen, dem einstigen Kriegsgegner den Zugriff auf ihre wichtigste Waffe zu gestatten. Sie lieferten der Bundeswehr und anderen NATO-Streitkräften die Trägermittel – die uns im Folgenden besonders interessieren –, nicht aber die Nuklearsprengköpfe. Die Verfügungsgewalt verblieb bei den USA (was den weiter oben eingeführten Begriff des Vasallen nur stützt; wie aus den von *WikiLeaks* veröffentlichten Botschaftsdepeschen übrigens hervorgeht, lagern noch immer, im Jahr 2013, US-Atomwaffen in Westdeutschland). Der Vasallenstatus änderte sich auch nicht dadurch, dass bundesdeutsche Militärs und Politiker seit 1967 in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO saßen.

Die sowjetische Führung reagierte auf diese Entwicklung.

Ende 1959 formierten sich »Raketentruppen strategischer Bestimmung« als eigenständige Teilstreitkraft in der Sowjetarmee.

Und ferner wurden Raketen R 11 in der DDR stationiert, die ausschließlich dem Oberkommando der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte (GSSD) unterstellt waren.

Ein Jahr später – die Berlin-Krise und auch der Kalte Krieg hatten sich verschärft (u. a. war im Mai 1960 der US-Spion Gary Powers im Luftraum der Sowjetunion abgeschossen worden) –, hatte der sowjetische Verteidigungsminister dem Komitee der Verteidigungsminister vorgeschlagen, *alle* Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten mit Raketensystemen auszustatten. In der Folge mussten erstens entsprechendes Personal ausgebildet und zweitens national die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

In der DDR entschied der Nationale Verteidigungsrat, in den Jahren 1962/63 »eine Raketen-Brigade (Boden-Boden)« aufzustellen. Dafür sollten rund 1.200 NVA-Angehörige, darunter 140 Offiziere, abkommandiert und ausgebildet werden. Ferner sollten in sechs Divisionen der Landstreitkräfte Abteilungen mit taktischen Raketen entstehen. Auch dort wurden qualifiziertes Personal und Rückwärtige Dienste für die technische Sicherstellung gebraucht.

Aufgrund des einerseits begründeten, aber andererseits auch überzogenen Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion unterwarf man das Personal besonderen Überprüfungen. Von den etwa 11.000 ausgewählten NVA-Angehörigen schaffte nur jeder Zehnte die erste Hürde und wurde sodann vom MfS überprüft. Und dort kamen nur 431 durch. Aus diesem Kreis wurden ab Februar 1961 drei Gruppen zu einem sechs- bis zehnmonatigen Kurs an die Artillerieakademie nach Leningrad kommandiert.

Die Lieferung der Raketensysteme an die DDR erfolgte auf der Grundlage eines Regierungsabkommens vom 6. September 1961 mit einer Laufzeit bis 1965.

Wolfgang Neidhardt, Generalleutnant a. D., 1963 Chef Verwaltung Artillerietechnik im Ministerium für Nationale Verteidigung, erinnert sich der Anfänge: »Zur Entscheidungsvorbereitung wurden im Dezember 1960 in Moskau zunächst vier Offiziere der Nationalen Volksarmee über Struktur, Aufbau und Kosten der

Raketeneinheiten informiert. Am 29. März 1961 tagte der Politisch Beratende Ausschuss und beschloss die Modernisierung der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags, darunter auch die Ausrüstung mit Trägermitteln für Kernwaffen. Mit diesem Beschluss zog der Warschauer Vertrag lediglich nach. Die NATO hatte bereits 1957 eine entsprechende Entscheidung getroffen.

Somit waren die Grundlagen für die Ausrüstung der Streitkräfte sämtlicher europäischer paktgebundenen Staaten zum Einsatz von Massenvernichtungsmitteln geschaffen, sie verfügten jedoch nicht über die Sprengköpfe.

Ab 1962 erfolgte die Ausrüstung der NVA mit Trägermitteln und die Aufstellung neuer Einheiten.

Für den Raketenkomplex R-11M wurde formiert

- die Artilleriebrigade 2 (ABr-2),
- die Bewegliche Artillerietechnische Basis 2 (BATB-2),
- die Parkbatterie 2.

Diese Struktureinheiten wurden direkt dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt.

Für die taktischen Raketenkomplexe 2K6 LUNA:

- pro Division je eine Abteilung.

Für die Panzerabwehrlenkraketen des Typs 3M6 SCHMEL:

- in jedem Motorisierten Schützenregiment je eine Batterie.

Zur materiell-technischen Sicherstellung wurde im Ministerium für Nationale Verteidigung parallel zur bestehenden *Verwaltung Bewaffnung* eine spezielle *Verwaltung Artillerietechnik* gebildet. Dieser Schritt ergab sich vorwiegend aus den hohen Anforderungen an die Geheimhaltung. Aus dem gleichen Grunde wurden zur Übersetzung der wichtigsten Vorschriften aus dem Russischen ins Deutsche auch Offiziere in höheren Dienststellungen herangezogen. In der Verwaltung wirkte ein sowjetischer Berater.

Zur Einführung dieser neuen Waffenkategorien lagen in der Nationalen Volksarmee keinerlei Erfahrungen vor. Alle Vorbereitungsmaßnahmen stützten sich daher auf die Sowjetarmee. Im Vordergrund stand die Ausbildung von Spezialisten.

Wir danken Olaf Kersten, Administrator des NVA-Forums im Internet (<http://www.nva-forum.de/>), Dr. Klaus-Peter Kobbe, Museumsdirektor des Luftfahrtmuseums in Finowfurt, Siegfried Fechner, Andreas Hörichs, Wolfgang Jablonski, Steffen Kislewsky, Dietmar Küpping, Wolfgang Kullig, Franz Mousek, Peter Müller, Friedrich Peters, Michael Polster, Heinz Preibisch, Jürgen Schlemm, Hartmut Schlieben, Roland Seifert, Jochen Tröger und Erik Wendland sowie vielen Namenlosen, die uns Erlebnisberichte, Fotos, Tabellen und Informationen zur Verfügung stellten.

Der Herausgeber und die Autoren

ISBN 978-3-360-02717-7

© 2013 Militärverlag, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung eines Motivs von Wadim Sawizki
Fotos: Robert Allertz S. 8; Archiv edition ost S. 52, 63, 69, 90, 109, 120, 129, 172, 176, 214, 216, 218; Hans-Dieter Augusti S. 20, 57, 87, 91, 95, 104, 114, 116, 118, 119, 122, 123, 124, 127, 153, 169, 170; Volker Eckart S. 83; Helmut Helmke S. 78, 162; Hans-Jörg Kaiser S. 49; Fred Lehmann S. 161; Kurt Schmidt S. 27, 44, 62, 64, 81, 84, 88, 92, 101, 103, 107, 112, 131, 134, 136, 137, 139, 140, 141, 179; Willi Schoetzke S. 19, 22; Joachim Zihang S. 23, 24

Grafiken und Tabellen: Peter Hall S. 21, 24, 29, 33, 34, 36, 38, 40, 41, 42, 43, 45, 46, 47, 48, 53, 54, 59, 71, 98, 100, 130, 133, 145, 149, 154, 157, 183, 185, 192, 195, 198, 202, 204, 210, 212, 204, 210, 212

Druck und Bindung: Multiprint, Bulgarien

Ein Verlagsverzeichnis schicken wir Ihnen gern:

Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH

Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin

Tel. 01805/30 99 99

(0,14 Euro/Min., Mobil max. 0,42 Euro/Min.)

Die Bücher des Militärverlages und des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe

www.militaerverlag.de